

»Ein Klima der Angst macht sich breit«

Anwälte protestieren mit offenem Brief an Justizminister gegen »Asylpaket II«. Der rührt sich nicht. Gespräch mit Juliane Scheer

Gitta Düperthal

Mehr als 230 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte haben in einem offenen Brief an Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) gegen das sogenannte Asylpaket II protestiert. Damit würden Rechtsstandards außer Kraft gesetzt. Inwiefern?

Jeden Tag unterschreiben mehr Anwälte den offenen Brief, auch Psychotherapeuten sehen im Asylpaket II Verstöße gegen Grundrechte. So müssen etwa Kranke künftig mit höheren Hürden rechnen, damit für sie ein Abschiebungsverbot gilt. Nur wenn sich lebensbedrohliche und schwerwiegende Erkrankungen durch eine Abschiebung wesentlich verschlechtern würden, lässt es sich erreichen. Ohne einen Anwalt einzuschalten, wird es ihnen unmöglich, ihre Rechte durchzusetzen. Eine ärztliche Bescheinigung, um eine gravierende Erkrankung glaubhaft zu machen, müssen sie fristgerecht einreichen. Die Fristen dafür sind schon jetzt kurz, werden aber noch weiter verkürzt. Außerdem sollen künftig in Massenlagern untergebrachte Geflüchtete die Gemeinde, in der sie sich befinden, nicht verlassen dürfen. Tun sie es doch, gilt ihr Asylantrag als zurückgenommen. Zwar können sie Sondergenehmigungen beantragen. Ob es klappt, hängt von personellen Kapazitäten oder dem Wohlwollen des Sachbearbeiters ab. Solch einen Verwaltungsaufwand können etwa Kranke nicht durchhalten. Die geplanten Verschärfungen widersprechen Artikel 1 des Grundgesetzes. Lagerunterbringung auf unabsehbare Zeit widerspricht ebenso dem humanitären Gebot, zumal sie an ein Arbeitsverbot gekoppelt ist. In München befinden sich Geflüchtete schon seit Juni 2015 in einer Erstaufnahmeeinrichtung.

Auch die Einschränkung des Familiennachzugs steht in der Kritik.

Junge, kräftige Leute werden oft vorgeschickt, um Frauen, Kinder und ältere nachzuholen. Dies soll nun erst nach zwei Jahren möglich sein. Dass die Familie in Krisengebieten bleiben muss, belastet hier angekommene, durch die Flucht traumatisierte Flüchtlinge sehr. Gezwungenermaßen werden sie von ihren Familien getrennt, die folglich auch den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nehmen müssen. Es wird Tote geben. Mit den Grundsätzen unseres demokratischen Rechtsstaats ist es unvereinbar, von der Flucht hierher wird es niemand abhalten.

Unter anderem in München, Hamburg, Berlin, Bremen haben Rechtsanwälte, Psychotherapeuten, Ärzte und Lehrer in der vergangenen Woche demonstriert. Wie war die Reaktion?

Unsere Proteste hatten im Dezember 2015 in München begonnen. Unser offener Brief an Heiko Maas, auf den der Justizminister bis heute nicht reagiert hat, war das Resultat. Am Donnerstag haben etwa 80 Anwälte vor der bayerischen SPD-Geschäftsstelle protestiert. Ein Klima der Angst macht sich breit. Langjährig integrierte Afghanen sollen jetzt abgeschoben werden. Therapeuten sind entsetzt, ständig müssen sie Krisen bewältigen.

Können Sie ein Beispiel aus Ihrer Praxis anführen?

Am Mittwoch hat die Ausländerbehörde einen gut integrierten Mandanten von mir aus Afghanistan an seinem Arbeitsplatz angerufen. Er lebt seit viereinhalb Jahren in Deutschland. Er solle mal vorbeikommen, hieß es. Als er dort ankam, stand die Polizei bereit, um ihn in Abschiebehaft zu nehmen und zum Amtsgericht zu bringen. Die Abschiebung sollte am kommenden Tag um sieben Uhr morgens stattfinden: München-Kabul direkt, ohne Vorankündigung. Das Gericht hatte entschieden: Er habe sich nichts zuschulden kommen lassen, für einen Haftgrund reiche es nicht. Abends stand er bei mir vor der Tür und ist zusammengebrochen. Ich musste ihn in die Psychiatrie bringen. So will nun Innenminister Thomas de Maizière (CDU) ein Zeichen setzen. Wir hoffen, mit den Protesten die in der SPD zu ermutigen, die eine andere Meinung vertreten, damit sie sich besser durchsetzen. Wir erwägen zudem, Verfassungsbeschwerden einzulegen und vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder dem Europäische Gerichtshof dagegen zu klagen.

Juliane Scheer, Rechtsanwältin in München, engagiert in der Initiative Bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger e. V. und im Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein e. V. (RAV), hat den offenen Brief an Heiko Maas mit initiiert

<http://www.jungewelt.de/2016/02-22/036.php>